

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit**, Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis pro Quartal **Mk. 2,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Das deutsche Industriekapital in Rußland	173	Rechtsfragen. Militär-Hinterbliebene und Invaliden in Oesterreich-Ungarn	179
Statistik und Volkswirtschaft. Von der Kriegsgetreidigeellschaft	176	Mitteilungen. Leitung der Generalkommission. — Unterstützungsbereinigung	180
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	177	Literatur. Neu erschienene Bücher und Schriften	180

Das deutsche Industriekapital in Rußland.

An der Wiege des russischen Kapitalismus stand die russische Regierung, und ihre größte Sorge war zu allen Zeiten, das fremdländische Kapital nach Rußland herüberzulocken. Der russische Zollschutz, der eben fiskalischen Zielen dazu errichtet ist, die Aktivität der Handelsbilanz aufrechterhalten zu helfen, dient demselben Ziel, der Heranziehung des fremden Kapitals. Wenigstens so äußerten sich seinerzeit maßgebende Persönlichkeiten der russischen Regierung, von denen wir uns, um nur einige Beispiele herauszugreifen, auf den jüngst verstorbenen Grafen Witte und den nachmaligen Handelsminister W. W. Rodorow berufen können, der im Jahre 1899, als Chefredakteur der offiziellen Wochenschrift des Finanzministeriums war, schrieb: „Man muß somit unbestreitbar anerkennen, daß eines der Hauptziele der Zollpolitik die Heranziehung des ausländischen Kapitals sei, da nur unter dieser Bedingung das Endziel der Schutzpolitik, d. i. die Entwicklung aller Produktivkräfte, erreicht werden kann.“ („Westnik finansow“, 1899, Seite 24.)

Ueber den Zufluß ausländischen Kapitals besitzen keine ziffernmäßigen Unterlagen. Eine betriebliche Statistik wird nicht geführt. Nur das Kapital der ausländischen Aktiengesellschaften, da solche höchst genehmigt werden müssen, wird registriert. Des können die entsprechenden Zahlen keinen wahrheitsgemäßen Ueberblick, auch nur der ausländischen Aktiengesellschaften, gewähren, da einerseits nicht alle Kapitale auch wirklich realisiert werden, und andererseits das fremde Kapital — und insbesondere das deutsche — auch andere Wege, als eine von vornherein mit der Bezeichnung „ausländische“ gestimmte Aktiengesellschaft geht. Wollten wir uns mit Zahlen der zum Betrieb in Rußland zugelassenen, in Sitz im Auslande habenden Aktiengesellschaften begnügen, so wüßten wir feststellen, daß die Bedeutung des deutschen Kapitals hinter der der anderen kapitalreichen Nationen zurücksteht. Nach einer auf Grund des englischen Nachschlagebuches „The Russian-Book 1913“ von Dr. Hillringhaus im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ (April 1913) zusammengestellten Tabelle beträgt die Zahl der ausländischen Aktiengesellschaften in Rußland 196, wovon auf Belgien 70, Frankreich 48, England 33 und Deutschland

24 entfallen. Auch das für die Operationen in Rußland zugewiesene Kapital dieser Gesellschaften beträgt 140½ Millionen Rubel französisches Kapital, 114½ Millionen Rubel belgisches Kapital, 105½ Millionen Rubel englisches Kapital und nur 25 Millionen Rubel entfallen auf das deutsche Kapital.

Diese Zahlen geben keinen Begriff von der wirklichen Bedeutung des deutschen Kapitals in der russischen Industrie. Während früher, bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, das größte Interesse des ausländischen Kapitals in Rußland den festverzinslichen Staatspapieren und Eisenbahnprioritäten zugewendet war, ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein Wandel eingetreten. Mit geringer Unterbrechung dauerte dieses Interesse bis zu der letzten Zeit an. Diese Zeit kennzeichnet sich aber durch die besondere Art der Kapitalauswanderung, indem das Kapital, das sich ins Ausland verpflanzt, sich alle Vorteile des Nationalstaates zunutze zu machen bestrebt ist, in dessen Grenzen es sich niederläßt. Trotz seines internationalen Charakters, demzufolge das freie Kapital sich eine neue Heimat mit solcher Anpassungsfähigkeit aussucht, übernimmt es gleich in seinem neuen Wirkungsbereich alle Mäuren des Nationalkapitals. Die Internationalität hilft ihm, schnell national zu werden. Die gleiche Entwicklung machte auch das deutsche Kapital in Rußland durch, indem es vorzog, den Stempel „ausländisches“ Kapital zu meiden und Formen anzunehmen, die ihm die Möglichkeit größerer Expansion und ungezügelterer Tätigkeit gewährten. Es war daher das Bestreben des deutschen Kapitals, weniger neue sogenannte ausländische Unternehmen ins Leben zu rufen, als u. a. durch die Vermittlung der alle Unterschiede gleichmachenden Banken die Vorteile der industriellen Entwicklung Rußlands an sich zu reißen. Dazu kommt noch weiter, daß das deutsche Kapital in manchen Industriezweigen bevorzugt, nicht in Form von Geldmitteln, sondern durch Uebertragung eines Filialbetriebes des Mutterunternehmens auszuwandern, was, nebenbei bemerkt, die modernste Art der Kapitalauswanderung darstellt und für das deutsche Kapital besonders charakteristisch ist.

Aus allen diesen Gründen ist es nicht möglich, einigermaßen erschöpfend die wirkliche Größe des in Rußland investierten Auslandskapitals darzulegen,

Bekanntlich wird die Hälfte der in Rußland verbrauchten Baumwolle in Rußland selbst gewonnen (die Eigenerzeugung in Turkestan beträgt 11 Millionen Pud, der Gesamtverbrauch — 22—24 Millionen Pud jährlich). Das Centrum des Baumwollhandels ist Moskau, wo die in Rußland einzige Baumwollbörse, genannt „Baumwollcomité“, besteht. Ueber dieses Baumwollcomité schrieb das verbreitetste liberale Moskauer Blatt „Kuzkoje Slowo“ (welches in der Aufmachung und im Charakter etwa der „Berliner Morgenpost“ entspricht) im Mai 1912: „Unter den Baumwollinteressenten zirkulieren gar phantastische Erzählungen über das Baumwollcomité, in welchem man, um verstanden zu werden, eher deutsch als russisch zu sprechen gezwungen ist. Im Comité sitzen 15 Vertreter der Händler und Makler, davon nur vier Russen.“

Die Großbanken Rußlands sind alle mehr oder weniger mit den deutschen Banken eng verbunden. Dies beweist schon die Tatsache, daß die Aktien von 9 russischen Banken mit einem Gesamtkapital von 228 Millionen Rubel zum Verkehr auf der Berliner und einigen deutschen Provinzbörsen zugelassen sind. Die Warschauer, Lodzer und Rigaer Banken sind vom deutschen Kapital direkt gegründet und von ihm abhängig. Aber auch die größten Petersburger Banken, besonders die St. Petersburger Internationale Kommerzbank und die russische Bank für den auswärtigen Handel, wurden vom deutschen Kapital teils gegründet, teils unterstützt. In den Berichten über die Generalversammlungen der russischen Banken konnte man in den letzten Jahren immer wieder lesen, daß die Zahl der dort vertretenen Aktien, die sich in den Händen der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, Commerz- und Disconto-Bank u. a. befanden, von Jahr zu Jahr größer wurde. Hier kommt noch ein Moment in Frage. Die russischen Banken befassen sich verhältnismäßig in vielleicht noch höherem Maße als die deutschen Banken mit Finanzierungsgeeschäften (Zementindustrie, Holz- und Bauindustrieweige u. a.), an denen also indirekt das deutsche Kapital teilnimmt.

Zahlreiche andere Produktionszweige weisen ebenfalls die Beteiligung Deutscher auf, so z. B. die neu entstandene Zellulosefabrikation (die Mannheimer Firma „Waldhof“ in Bernau), die Brauereindustrie, die Leinwandindustrie, die Farbenfabrikation, die Seifen- und Papierindustrie usw. Es würde zu weit führen, noch näher auf die Frage einzugehen. Das deutsche Kapital betätigt sich nicht allein in Gestalt von Aktienunternehmungen, sondern auch in Form von offenen und Kommanditgesellschaften und in der Hauptsache wohl in Form von Individualunternehmungen. In dieser Hinsicht ist eine Uebersicht absolut unmöglich, aber ein jeder weiß aus eigener Kenntnis, wie die deutschen Firmen in sämtlichen Industrien und in jeder Stadt verbreitet sind, so daß Hunderte und aber Hunderte von Namen angeführt werden können. Jetzt, wo sich die russische Regierung vom „deutschen Joch befreit“ und zu diesem Zwecke Unternehmungen feindlicher Ausländer unter Sequester stellt, öffnen sich manchem die Augen, wenn er sieht, welche eine gewaltige Bedeutung das deutsche Kapital in der Industrialisierung Rußlands gespielt hat. Nicht immer ist das Kapital als solches nach Rußland eingewandert, in zahlreichen Fällen machten die als Kaufleute, Angestellte, Werkmeister nach Rußland eingewanderten Deutschen den Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation“ des Kapitals erst in Rußland durch, und es hat sich erwiesen,

daß diese eingewanderten Elemente*) durchaus nützliche Instrumente des wirtschaftlichen Fortschrittes waren. Solche Beispiele wie dasjenige von Gustav List, eines nach Rußland als deutscher Werkmeister gekommenen, jetzt aber eines der angesehensten Moskauer Großindustriellen der Metallindustrie, ließen sich in Hülle und Fülle anführen.

Wenn wir die Bedeutung des deutschen Kapitals für die industrielle Entwicklung Rußlands so scharf betonen, so liegt selbsterklärend jeder Gedanke fern, das Thema der „Dankbarkeit“ anzuschneiden oder andererseits das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anzustimmen. Solche Gesichtspunkte gehören nicht zur Sache. Die Notwendigkeiten der kapitalistischen Entwicklung beider Länder haben die geänderten Zustände geschaffen, und sie sind daher als bestehende Tatsachen hinzunehmen.

Es gibt niemand in Rußland, der nicht für die Heranziehung des ausländischen Kapitals zur Erschließung der Produktivkräfte des Reiches wäre. Darüber sind sich alle Kreise einig. Rußland verfügt nicht über so viel Kapital, wie es für die Erweiterung seiner Produktion bedarf. „Die eigene Kapitalbildung — sagt der russische Nationalökonom S. Prokopowitsch — kann nur 42 Proz. des nationalen Bedarfs decken, während 58 Proz. der notwendigen Kapitalien aus dem Auslande bezogen werden müssen.“**) Daß an der Kapital-Akkumulation in Rußland selbst auch die aus Deutschland eingewanderten beteiligt sind, daß also in den erwähnten 42 Proz. auch deutsche Elemente ihren tätigen Anteil nehmen, das wurde bereits oben erwähnt. In der russischen volkswirtschaftlichen Literatur wurde in den letzten Jahren darüber gestritten, welches Auslandskapital für die russische Volkswirtschaft erprobenswerter und nutzbringender sei. Diese Frage wurde in der Atmosphäre des immer schärfer werdenden politisch-wirtschaftlichen Gegenjahres der letzten Jahre dahin beantwortet, daß französische-englisch-belgische Kapitalien dem deutschen Kapital entschieden vorzuziehen seien.

Die oben genannten zwei russischen Arbeiten zur Frage des deutschen Kapitals in Rußland weisen uns so ziemlich die Quintessenz der Meinungen in dieser Frage auf, die im ganzen Bürgertum und in der liberalen Gelehrtenwelt bestehen. Danach wird dem deutschen Kapital der Vorwurf erteilt, daß es

*) Hier wird mit Absicht die Nützlichkeit der eingewanderten Elemente betont, weil in Deutschland die Meinung, vielfach auch in Parteikreisen, verbreitet ist, daß Rußland dem „Deutschtum“ überhaupt und den einheimischen Deutschen der Ostseeprovinzen vieles „verdankt“. Das ist eine Vorstellung, die aber jeder Grundlage entbehrt. Auf keinem Gebiete, so wenig wie auch auf dem wirtschaftlichen, ließe sich eine solche Einwirkung nachweisen. Die Deutschen der Ostseeprovinzen bilden dort die Oberschicht, die hauptsächlich Landwirtschaft betreibt unter fürchtbarer Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung, die aus Letten und Esten besteht. Ihre Güter werden in betriebstechnischer Hinsicht wohl auf der Höhe sein, ihr Anteil aber an der Förderung der russischen Kultur ist nicht höher als derjenige irgendeines anderen Bestandteiles der Bevölkerung Rußlands. Nur eine Berichtigung möchte ich zulassen; die russische Reaktion hat dem Baltikum in der Tat vieles zu verdanken. Bis vor wenigen Jahren noch bestand das Gros der Petersburger Bürokratie aus den Ostseedeutschen, die aber immer mehr „eitrussisch“ waren als die Russen selbst. Ebenso lieferten die Ostseedeutschen die reaktionärsten Minister, Gouverneure, Gendarmereioffiziere, Polizeimeister.

**) S. Prokopowitsch, Ueber die Bedingungen der industriellen Entwicklung Rußlands. Tübingen, Verlag von J. C. B. Mohr, 1913.

Sturz vor dem Kriege ist in Petersburg eine Broschüre über „Die Deutschen und die deutschen Kapitalien in der russischen Industrie“ von N. N. Sak erschienen, und jetzt während der Kriegszeit folgt dieser eine andere Monographie über „Das deutsche Kapital in Rußland“ von J. J. Lewin, beide in russischer Sprache. Diesen Arbeiten entnehmen wir einige der weiter angeführten Daten zu der uns interessierenden Frage.

In der Schiffbauindustrie sind die wichtigsten deutschen Firmen an den russischen Werken beteiligt. An dem halbstaatlichen Putilow-Werk (15 000 Arbeiter) ist die Firma Blohm u. Voß interessiert. „Vulkan“ ist an der Nevaler Schiffbauwerft und Schichau-Elbing an der Gesellschaft Biese in Riga interessiert.

Ähnlich verhält es sich in der metallurgischen, Maschinenbau-, Elektrizitäts- und chemischen Industrie, in denen die Stammhäuser in Deutschland entweder neue Unternehmungen in Rußland schaffen oder eine Beteiligung an einem bestehenden Betrieb sich sichern. Aus 9 großen metallurgischen Betrieben in Russisch-Polen gehören 8 dem deutschen Kapital. Aus der großen Zahl der Maschinenbau- und Metallindustrieunternehmen erwähnen wir die Unternehmungen der Arthur-Koppel-Gesellschaft in Petersburg, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (Nigaer Maschinenbauwerk vorm. Kessler u. Co.), Tillmans-Hemscheid, Boffehl-Lübeck (2 Fabriken), Otto-Deub, Wapf u. Freitag, A. Vorfis (Kramatorzki Metallurgische Gesellschaft, 7/8 Millionen Markt Aktienkapital), Lahmeyer, Westfälische Drahtindustrie usw.

Die Elektrotechnische und Elektrizitätsindustrie Rußlands verdankt ihre Entstehung dem deutschen Kapital. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Siemens u. Halske und Siemens u. Schudert, die alle der Form nach russische Gesellschaften sind, beherrschen auch bis zuletzt diesen Industriezweig, obgleich Konkurrenzunternehmen aufgetaucht sind. In der Elektrizitätsbeleuchtung sind es wiederum die deutschen Firmen, die den Ton angeben. So ist die größte der Firmen dieser Art die „Elektrizitäts-Gesellschaft vom Jahre 1886“, die dem Konzern der Berliner „Gesellschaft für elektrische Unternehmungen“ angehört, und die Petersburg und Moskau mit elektrischer Kraft versorgt. In Wogorodsk im Gouvernement Moskau besitzt sie eine riesige Ueberlandzentrale. Ihr Kapital beträgt 40 Millionen Rubel. In Kiew, Warschau, Waku, Belostok, Chabarowsk sind die Elektrizitätswerke deutschen Ursprungs. Die Gasbeleuchtung folgender Städte ist mit Hilfe des deutschen Kapitals geschaffen: Warschau und Odessa (Deutsche Continental-Ges. in Dessau), Kollisch, Petrikau, Tomaszew, Libau, Kronstadt, Wilna. Das ist der fünfte Teil aller Städte, in denen Gasbeleuchtung besteht.

A.G. und Siemens u. Halske sind wiederum an einer Reihe anderer Unternehmungen beteiligt. So haben sie gemeinsam die Firma „Vereinigte Kabel-Werke“ in Petersburg gegründet.

Fast die gesamte chemische Großindustrie ist aus Deutschland verpflanzt. So bestehen in Rußland eigene Betriebe folgender deutscher Großfirmen: Badische Anilin- und Sodafabrik, Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Verein für chemische Produktion in Mainz, Kalle u. Co., Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning, Schering-Berlin, Friedr. Bayer u. Co. u. a.

Im Transportgewerbe steht die Tochterfirma der deutschen gleichnamigen Firma, die Mos-

auer Aktiengesellschaft Gerhard u. Hey an der Spitze. Das Kapital der russischen Gesellschaft beträgt 10 Millionen Rubel, und sie verfügt über riesige Anlagen, darunter Kühlanlagen in Petersburg, Libau usw. Fast der gesamte Butterexport Rußlands liegt in den Händen von Gerhard u. Hey. Es entbehrt nicht des öffentlichen Interesses, daß diese Firma, um ihren Wirkungskreis zu erweitern, in letzter Zeit bemüht war, in den butterproduzierenden Bezirken Westsibiriens einen ganz neuen Produktionszweig ins Leben zu rufen, nämlich die Produktion von Käse für den Export.

Eine eigene Automobilherzeugung befindet sich in Rußland erst in den Anfängen. Die einzige Fabrik, die Russisch-Baltische Waggonfabrik in Riga, die die Automobilproduktion in Angriff nahm, brachte es im letzten Jahre auf etwa 100 Fahrzeuge. Nachdem die deutschen Marken die französische Konkurrenz zum größten Teil verdrängt hatten, gingen die deutschen Automobilfabriken dazu über, in Rußland eigene Betriebe zu gründen. So ist bekannt geworden, daß Benz und die Neue Automobil-Gesellschaft (N.A.G.) ihre Produktion in Rußland eröffneten.

Ganz eigenartig liegen die Verhältnisse in der Textilindustrie, die als eine nationalrussische gilt. Die nähere Untersuchung beweist aber, daß sie vielleicht nicht weniger als irgendeine andere Industriebranche durch deutsches Kapital gespeist wurde. Daß die Textilindustrie des Lodzer Rayons aus Schlesien und Sachsen übertragen war und noch bis jetzt im engen Konnex mit dem deutschen Kapital steht, ist allgemein bekannt. Aber die Industrie des centralrussischen Rayons ist ebenfalls zu einem sehr großen Teile als deutschen Ursprungs zu nennen. Die größten Firmen Zindel (die auf dem Kattunmarkt vorherrschende), Hübner, Rabenel, Jolisch, Knop u. a. sind deutsch. Die Begründer dieser Riesenfirmen sind aber alle russische Untertanen geworden und halten gänzlich zu Rußland, so daß hier der Fall der Denationalisierung des deutschen Kapitals in seiner reinsten Gestalt vorliegt. Besonders interessant ist die Rolle des Deutschen Knop (aus Bremen), der nach Rußland als Vertreter englischer Textilmaschinenfirmen kam. Seine außerordentliche Unternehmungsbegabung führte ihn auf neue Bahnen. Er beschränkte sich nicht auf die bloße Vertretung seiner Firma, sondern begriff bald, daß nur durch reiche Initiative das Geschäft zu hoher Blüte gebracht werden kann. Das Vertrauen englischer Firmen genießend, begann er Maschinen, Baumwolle und Betriebsmaterial auf eigene Rechnung zu übernehmen, um diese den russischen Kaufleuten und Industriellen, die im Auslande keinen Kredit erhalten konnten, gegen lohnende Bedingungen zu verkaufen. Im Laufe der Jahre entwickelte er sein Geschäft dahin, daß die wichtigsten Betriebe der Textilindustrie des Centralrayons mehr oder weniger von ihm abhingen. Er verkaufte Maschinen und Rohstoffe, richtete ganze Fabriken ein, lieferte komplettes technisches Personal, gewährte Geldkredit für Betriebszwecke usw., so daß das verbreitete Sprichwort: „Keine Kirche ohne Popen, keine Fabrik ohne Knop“ die Situation anschaulich charakterisiert. Ein Fünftel aller Webstühle steht noch gegenwärtig in mittelbarer und unmittelbarer Verwaltung von Knop und seiner Familie*).

* Ueber Knops Tätigkeit erzählt Prof. Schulze-Gaevernich in seinem bekannten Buch über die russische Volkswirtschaft.

in der Regel stark personifiziert sei. Durch diese Gebundenheit des Kapitals an den Kapitalinhaber sei die Rationalisierung des Kapitals wesentlich erschwert. In gleichem Atem wird aber dem englischen und französischen Kapital das Lob erteilt, daß dieses nach Rußland kommt nur zu dem Zwecke, Gewinn zu ziehen, die praktische Verwendung des Kapitals den Russen überlassend. Lewin, dessen Broschüre halboffiziös vom Finanzministerium herausgegeben ist, sagt: "... Die Franzosen und die Engländer geben unserer Industrie das Kapital und erhalten Schuldverschreibungen; wir zahlen ihnen eine Jahresrente aus, wobei keine persönlichen Beziehungen, keine persönliche Abhängigkeit bestehen. Dagegen die Deutschen gründen selbst ihre Unternehmungen in Rußland, sie leiten diese selbst, ein direkter Gegensatz zu der ersten nichtpersonifizierten Form." Lewin meint, daß der erste Modus Rußland mehr nütze.*) Unserer Meinung nach bietet aber gerade diese englisch-französische Art weniger Anhaltspunkte, um die Rationalisierung des Kapitals durchzuführen. Schüttet das Unternehmen Gewinne aus, so wird der ausländische Kapitalist seine Aktien fest in seinen Händen halten, während beim sogenannten deutschen System die Rationalisierung eher erreicht wird, wie dies z. B. in der Textilindustrie der Fall ist.

Auch dem anderen Moment, wonach das nicht-deutsche Kapital dadurch empfehlenswerter sei, weil es sich der Erschließung der Naturschätze (Bergbau, Goldausbeute u. a.) widme, während das deutsche Kapital sich der Fabrikindustrie zuwende**), kann keine größere tatsächliche Bedeutung beigegeben werden. Das nichtdeutsche Kapital hat historisch größere Erfahrung in der Erschließung der Naturschätze (Australien, Süd-Afrika, Kalifornien), die deutsche wirtschaftliche Entwicklung hat dem einheimischen Kapital andere Eigenschaften aufgeprägt. Diese Eigenschaften, von denen die beiden Autoren mit Unwillen schreiben, sind nachgerade die starken Seiten des deutschen Kapitals in Rußland. Dant ihnen werden die technischen Errungenschaften der leistungsfähigsten Industrien nach Rußland übertragen und in den russischen Boden eingewurzelt. Die nationalen potenziellen Produktivkräfte erhalten die stärksten Impulse zur vollkommensten Entfaltung. Wenn man von nationalistischen Phrasen absteht und nicht volkswirtschaftliche Prozesse durch nationalistisch-politische Voreingenommenheiten verdunkeln will, muß man zugestehen, daß es Sache des kapitalaufnehmenden Landes, seiner Kultur, seiner wirtschaftlichen Entwicklung ist, das fremde Kapital aufzusaugen, zu nationalisieren. Wenn dies nicht gelingt, so ist daran weniger dieser Eindringling, als das Land selbst, die Organisation seiner Volkswirtschaft und deren Hilfsquellen schuld.

Aer.

Statistik und Volkswirtschaft.

Von der Kriegsgetreidegesellschaft.

Wie bekannt, hat die Regierung nach vielem Drängen jener Kreise, die in dieser Zeit das Interesse der Konsumenten vertreten und bemüht sind, die Ernährung im Kriege sicherzustellen, eine Einrichtung geschaffen, die in ihrem Endergebnis ein

*) J. S. Lewin, Das deutsche Kapital in Rußland. St. Petersburg 1914 (russisch).

**) H. R. Sal, Die Deutschen und die deutschen Kapitalisten in der russischen Industrie. St. Petersburg 1914 (russisch).

Monopol für die Verteilung unserer Getreide- und Mehlvorräte schuf. Der Kriegsgetreidegesellschaft ist diese Aufgabe übertragen; die Organisation einer solchen Gesellschaft wurde auch von uns gefordert, und die Gründung zustimmend aufgenommen. Sie erschien als die einzig mögliche Organisation, die den Treiberen ein Ende machen konnte, die darauf hinausliefen, durch hohe Preise für Getreide Anreiz zur Sparsamkeit zu geben und vom Ausland größere Mengen Getreide durch hohe Preislagen heranzuladen. Allerdings war Voraussetzung, daß die Kriegsgetreidegesellschaft mäßige Preise festsetzt und nicht etwa auf hohe Gewinne ausgeht. Ob dieses Geschäftsprinzip innegehalten worden ist, darüber werden sehr berechtigte Zweifel laut. Denn unter der Führung der Gesellschaft sind die Mehlpreise so erheblich gesteigert worden, daß eine allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck kam.

Unter anderem wurde auch gerügt, daß die Gesellschaft für das Vermahlen des Getreides eine Entschädigung festsetzte, die reichlich hoch war. Während anfänglich der Mahllohn für die Tonne Getreide auf 20 Mk. stand, eine Entschädigung, die gute Gewinne für die Mühlen versprach, ist dieser Mahllohn von der Kriegsgetreidegesellschaft auf 22 Mk. erhöht worden. Diese Maßnahme mußte in der Bevölkerung, soweit sie nicht den Interessententreisen angehört, die bei der Nahrungsmittelversorgung in erster Linie Gewinne herauszuschlagen wollen, nicht aber das Interesse der Volksernährung im Auge haben, berechtigte Beunruhigung hervorrufen.

Nunmehr hat sich die Kriegsgetreidegesellschaft bereit erklärt, die Mehlpreise herabzusetzen, eine Maßnahme, die sympathisch berührt. Insbesondere wenn man berücksichtigt, daß gegenwärtig in England die Getreide- und Mehlpreise erheblich in die Höhe gehen und über den Stand in Deutschland angelangt sind. Man darf annehmen, daß die Besprechung des Geschäftsgebarens der Kriegsgetreidegesellschaft in der Budgetkommission des Reichstags nicht ohne Einfluß gewesen und die Milderung in der Preisfestsetzung darauf zurückzuführen ist.

In einer längeren an die Presse gegebenen Rechtfertigung gegen die vielfach erhobenen Angriffe versucht nunmehr die Kriegsgetreidegesellschaft darzulegen, daß die gegen sie erhobenen Beschwerden unberechtigt sind. Allerdings wendet sie sich weniger gegen den Vorwurf ihrer Preispolitik als gegen die Vorwürfe, die eine mangelhafte Disposition über die Getreidebestände geltend machten. Diese Verteidigung interessiert uns in einigen Punkten, weil sie Ansichten ausspricht, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. So wird Bezug genommen auf den seinerzeit vom Grafen Staniz gestellten Antrag, der die Einführung des Getreidemonopols bezweckte. Die Kriegsgetreidegesellschaft behauptet, daß ein Hauptargument gegen die Verwirklichung des Antrages dahin ging, daß, wenn man ihn von der bloßen Schaffung eines Getreideimportmonopols auf das Monopol des gesamten inländischen Getreideverkehrs ausdehne, ein derartig komplizierter und schwer zu bedienender geschäftlich-bureaucratischer Apparat notwendig sei, der seine Durchführung fast unmöglich mache.

Es ist richtig, daß dieser Einwand insbesondere von liberalen Wirtschaftspolitikern erhoben wurde, aber sicherlich für die Ablehnung des Antrages keine genügende Beweisführung bot. Wenn es heute möglich ist, Monopole zu organisieren, die nicht nur den

Verbrauch eines Landes beherrschen, sondern ihr Herrschaftsgebiet über die ganze Welt ausdehnen wir brauchen nur auf das Petroleummonopol hinzuweisen —, so wird die Durchführung eines Getreidemonopols in Deutschland nicht an der bürokratischen Schwerfälligkeit scheitern, wenn wir auch diese Schwerfälligkeit nicht gering einschätzen. Ein viel wichtigerer Grund, der insbesondere von unserem Standpunkt geltend gemacht wurde, war, daß ein solches Monopol in den Händen einer Regierung, die unter stark agrarischem Einfluß steht, zu Preisfestsetzungen kommt, die eine schwere Benachteiligung der Konsumenten zur Folge haben muß. Das war die Gefahr des Antrags Maniß, der in seiner Tendenz eine durchaus im Interesse der Volksernährung liegende Aufgabe erfüllen könnte, wenn er leider nicht so außerordentlich stark das Interesse der Agrarier befürchten ließ.

Noch eigenartiger mutet die folgende Argumentation der Kriegsgetreidegesellschaft an:

„Es wäre eine Vermessenheit, einen Weg finden zu wollen, der ohne Widerspruch und ohne Kränkung einzelner Kreise zu dem gewünschten hohen Endziel führen könnte. Gerade diejenigen, welche in Friedenszeiten mit Recht die Idee vom sozialistischen Zukunftsstaat nicht nur parteipolitisch, sondern auch als eine rein vom wirtschaftlich-technischen Standpunkt aus undurchführbare Theorie bekämpft haben, sollten sich sagen, daß ihre eigenen Behauptungen widerlegt werden würden, wenn im Kriege mit Hilfe des Staates und einiger halbamtlicher Organisationen das ganze freie volkswirtschaftliche Getriebe in einen sicher pünktlich und sogar noch dazu billig funktionierenden Automaten verwandelt werden könnte. Nach wie vor ist die ganze Verbrauchsregelung unseres Getreides im Kriege überhaupt nur dadurch denkbar, daß sich deutscher Geschäftssinn, der sich in diesen schweren Zeiten vaterländischen Aufgaben zur Verfügung gestellt hat, mit der Leistungsfähigkeit des deutschen Beamtenums verbunden hat. Dieses Ergebnis wird vielleicht diesen Krieg zum Ausgangspunkt einer neuen Ära volkswirtschaftlicher Organisation machen.“

Die Abneigung der Leitung der Kriegsgetreidegesellschaft gegen die sozialistische Tendenz, die in einem Monopol vorhanden ist, wenn dieses Monopol geleitet wird, um die Interessen der Gesamtheit zu wahren, läßt erkennen, wie wenig die Kriegsgetreidegesellschaft die Bedeutung der Aufgabe erkannt hat, die ihr zugefallen ist. Die starke Verbeugung vor dem liberalen Wirtschaftsprinzip der freien Konkurrenz und des freien Geschäftsverkehrs, das immer noch als die allein richtige volkswirtschaftliche Grundlage hingestellt wird, vereinbart sich schwer mit den Aufgaben einer Monopolgesellschaft. Niemand verkennet, daß eine Organisation, die so unmittelbar ins Leben gerufen wurde, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Aber unüberwindlich scheinen sie uns nicht. Auf dieser Grundlage allein konnte eine zweckmäßige Versorgung der Bevölkerung herbeigeführt werden. Der große Fehler bestand darin, daß die von uns so dringend gewünschte Regelung in der Verteilung der Getreidemengen so spät in Angriff genommen wurde. Wir sind davon überzeugt, daß es gewissen Kreisen durchaus zuwider ist, wenn in dieser Zeit der Nachweis geführt wird, daß ohne die gerühmte freie Handeltätigkeit und freie Konkurrenz nicht nur das Wirt-

schaftsgetriebe aufrechterhalten, daß es sogar möglich wurde, aus der Unordnung, die die freie Konkurrenz schuf, zur Ordnung überzugehen durch die Einführung eines Monopols. Wenn man Bedenken hat, daß diese Beispiele für die Folgezeit auch noch guten Nachwirkungen zeitigen werden, so verstehen wir das vom Standpunkt des Handelskapitals, nicht aber von der Leitung einer Gesellschaft, die sich von diesem Interessenstandpunkt frei halten muß. Jede Einrichtung, auch wenn diese auf noch so guter und berechtigter Grundlage aufgebaut ist, kann durch eine ihren Tendenzen abgeneigte Leitung zu dem entgegengesetzten Zweck führen, dem sie dienstbar gemacht werden sollte. So würden hohe Preise durch ein Staatsmonopol natürlich sofort die Abneigung gegen diese Einrichtung hervorrufen. Das braucht aber nicht Zweck und Folge eines Staatsmonopols zu sein; sein Zweck, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtigen Aufgaben ist, die vorhandenen Vorräte zweckmäßig zu verteilen und zu Preisen abzugeben, die den hohen Gewinn der Zwischenhändler und der Produzenten ausschalten. Wenn sich die Kriegsgetreidegesellschaft diese Aufgabe vor Augen hält und nicht sehen wird vor den sozialistischen Tendenzen, die sicherlich in einem solchen Monopol enthalten sind, dann wird sie ihre Aufgabe in einer Weise lösen, die in der gesamten Bevölkerung, abgesehen von einem ganz kleinen Teil des Handels und der Agrarier, die volle Zustimmung findet.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Im Monat Februar wurden 2140 Mitglieder des Bäckerverbandes zum Kriegsdienst eingezogen, so daß insgesamt 16 014 Mitglieder Ende des Monats unter den Fahnen standen. Die Zahl der dem Verbande verbliebenen Mitglieder betrug 15 364. Im Berichtsmonat wurden 371 neue Mitglieder aufgenommen. Insgesamt wurden in den ersten sieben Kriegsmonaten 2702 neue Mitglieder gewonnen. Die große Zahl der Einberufungen wurde dadurch zu einem kleinen Teile aufgewogen. Die Arbeitslosigkeit hat jedoch im Berichtsmonat infolge der organisierten Einschränkung des Brotkonsums eine Steigerung erfahren, so daß auch die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung zunahmen. Die 15 364 Mitglieder leisteten im Februar 53 455 Wochenbeiträge oder pro Kopf 3,48 Wochenbeiträge; das ist zweifellos ein sehr günstiges Resultat, das von der gewerkschaftlichen Treue der Verbandsmitglieder zeugt. An Arbeitslosenunterstützung wurden 6483 Mark verausgabt gegen 3984 Mk. im Monat Januar. Die Krankenunterstützung erforderte 1564 Mk. (im Vormonat 1166 Mk.), die Familienunterstützung 19 650 Mk. (18 610 Mk.).

Die Jahresabrechnung des Bauarbeiterverbandes schloß mit einem Mitgliederbestande von 152 622 Ende Dezember. Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl 235 929, das sind 90 702 oder 27,77 Proz. weniger als im Vorjahre. Der Verlust ist im wesentlichen durch die Einberufungen sowie durch die Abreise vieler Ausländer verursacht. Die verschiedenen Berufsgruppen hatten im Jahresdurchschnitt folgende Mitgliederzahl: Maurer 138 572, Fliesenleger 1782, Puffer 2942, Stuckateure 6550, Betonarbeiter 4831, Isolierer 1097, Hilfsarbeiter 73 041, Erdarbeiter 7114. Die Bilanz schließt mit einer Gesamteinnahme der Hauptkasse von 4 655 281 Mk. und einer Ausgabe von 4 645 923 Mk. Unter den Ausgaben ist ein Betrag von

weshalb Leipart „ganz sicherlich nicht mehr auf seinen Platz“ gehört. Das Schweizer Blatt hat, um zu solchen „Schlußfolgerungen“ zu kommen, aber nicht nur Leipart fälschlich die Ausführungen der „Holzarbeiter-Zeitung“ unterschoben, sondern auch eine von wahrhaft internationalem Geiste durchdrungene Erklärung Leiparts an die angeschlossenen Organisationen in einer früheren Nummer des „Bulletin“ unterschlagen. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ weist diese „freundliche“ Journalistik zurück und verweist auf die Haltung der Arbeiterführer in anderen kriegsführenden Ländern, die dem Schweizer Kritiker keinen Anlaß zum Tadel gegeben hat. Sie schreibt u. a.:

„Und wenn uns dann gar schon die französischen Organe als Musterbeispiele vorgeführt werden — da hört denn doch verschiedenes auf! Ist dem braven Kollegen Pauli unbekannt, daß die französischen sozialistischen Abgeordneten ohne jede Ausnahme für den Krieg gestimmt, daß sie seit dem 1. August, an welchem Tage Hervé schrieb: „Was ist die Pflicht des Sozialisten? Wie ein Mann jetzt zur Grenze marschieren!“ unermüdet die organisierten Arbeiter für den Krieg anfeuern? Ist ihm unbekannt, daß die Arbeiterführer Guesde und Vaillant lieberhaft daran arbeiteten, auch die Italiener und Japaner noch in den schrecklichen Krieg hineinzuzerren? Und was den Gebrauch nationaler Phrasen anbetrifft, so nimmt Kollege Pauli sich vielleicht einmal die Weihnachtsproklamationen der französischen sozialistischen Partei zur Hand, die ein vollständiges Vokabularium nationalistischer Phrasen und Gemeinplätze enthält. Und ebenda wird er auch die Aufforderung an die französischen Arbeiter finden, nicht nur für die Verteidigung des Vaterlandes, sondern auch für die Losreißung Elsaß-Lothringens von Deutschland zu kämpfen.“

Wir würden kein Ende finden, wenn wir die in unseren Händen befindlichen Beweise dafür, daß in der organisierten Arbeiterschaft der anderen kriegsführenden Staaten ein weit leidenschaftlicherer nationaler Eifer entfaltet wird als bei uns, hier anführen wollten. Wir verweisen nur noch auf die Rundgebung der englischen Arbeiterführer vom 15. Oktober 1914, die von den hervorragendsten Gewerkschaftsführern mitunterzeichnet ist, und in der es mit Bezug auf Deutschland gemütvoll heißt: „Frieden kann es nicht geben, bis die Macht . . . niedergeschlagen ist“. Hält man die deutschen Arbeiter wirklich für solche großen Esel, daß man allen Ernstes glaubt, ihnen zumuten zu können, mit der Hand in der Hosentasche den vernichtenden Schlag zu erwarten, oder gar den Arm, der sich zur Abwehr erhebt, zurückzureißen?

Wir kämpfen für die ungeschmälerte Existenz unseres Landes. Weiter geht unser Kriegsziel nicht. Mit aller Entschiedenheit und einmütig ist von unseren verantwortlichen Führern immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß wir Annerexionen und wirtschaftliche Vernichtung des Gegners nicht wollen. Anders aber sehr viele Arbeitervertreter in den uns feindlichen Staaten. Sie schrecken nicht davor zurück, sich mit den ärgsten Chauvinisten ihres Landes zu vereinigen in dem Schlußruf: „Aufteilung Deutschlands! Fortführung des Krieges bis zur völligen Vernichtung des Gegners!“ Danach sollte es für die „Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung“ klar sein, wo sie mit ihrer Kritik zu beginnen hat, wenn sie schon glaubt, sich dieser Beschäftigung nicht entziehen zu können.“

Die Schweizer Arbeiterpresse scheint ja überhaupt an der Deutschenhege großen Gefallen zu finden. Welcher Mittel sich mancher dortige Genosse zu bedienen für gut befindet, darüber gibt dieser Fall ein typisches Beispiel.

Rechtsfragen.

Militär-Hinterbliebene und Invaliden in Oesterreich-Ungarn.

Im Gebiete des Deutschen Reiches befinden sich nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 insgesamt 667 159 österreichisch-ungarische Staatsangehörige, darunter 373 130 männliche, 294 029 weibliche, die meisten in den Grenzbezirken (Schlesien, Königreich Sachsen, Bayern). Schätzungsweise werden von den in Deutschland wohnenden Oesterreichern 80—85 000 Mann zu Kriegsdiensten für die österreichisch-ungarische Armee eingezogen sein, unter diesen ungefähr die Hälfte Verheirateter.

Die Ehefrau und die über 8 Jahre alten ehelichen Kinder des Eingezogenen erhalten nach dem österreichischen Gesetz vom 26. Dezember 1912, Unterhaltungsbeitrag für die Angehörigen der Mobilisierten betr., pro Tag 120 Heller Unterhalts- und Mietzinsbeitrag, die unter 8 Jahre alten Kinder die Hälfte. Angehörige von Hausbesitzern erhalten nur 80 resp. 40 Heller pro Tag Unterhaltsbeitrag, keinen Mietzinsbeitrag.

Diese Beiträge werden an die Angehörigen im Falle des Todes des Eingezogenen oder seines Vermittlungs noch 6 Monate lang nach dem eingetretenen Ereignis gezahlt. Fällt z. B. ein Eingezogener auf dem Kriegsschauplatz oder verstarbt er infolge einer Verwundung oder Kriegskrankheit am 1. April 1915, so erhalten die oben bezeichneten Angehörigen die Unterhaltsbeiträge noch bis zum 1. Oktober 1915 bezahlt.

Was haben die Hinterbliebenen dann für gesetzliche Ansprüche? Nach dem Gesetz vom 27. April 1887, betr. die Militärversorgung der Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaften des k. k. Heeres, der Marine, der Landwehr und des Landsturmes, steht den Witwen und Waisen der Mobilisierten ein Anspruch auf eine Pension zu, wenn der Einberufene vor dem Feinde gefallen oder gestorben ist infolge einer vor dem Feinde oder auch sonst ohne eigenes Verschulden unmittelbar in Ausübung des Militärdienstes erlittenen Verwundung oder äußeren Beschädigung oder an einer an dem zum dienstlichen Aufenthalte angewiesenen Orte herrschenden epidemischen oder endemischen Krankheit oder an einer infolge seiner Dienstleistung in einem Spital überkommenen ansteckenden Krankheit oder infolge von Kriegsstrapazen.

Nach § 23 dieses Gesetzes beträgt die Jahrespension mit dem in § 24 vorgesehenen Zuschlag für Kriegsteilnehmerhinterbliebene

für die Witwe eines Soldaten . . .	72 Kronen
„ „ „ „ „ Gefreiten . . .	96 „
„ „ „ „ „ Korporals . . .	120 „
„ „ „ „ „ Zugführers . . .	144 „
„ „ „ „ „ Feldwebels . . .	180 „

Ist eine solche Witwe vollständig erwerbsunfähig und mittellos, so erhält sie zu obigen Sätzen einen jährlichen Zuschlag von 96 Kronen.

Im Falle der Wiederverheiratung bekommt die Witwe eine Abfindung in Höhe des einjährigen Pensionsbetrages.

Die Waisen der im Kriege Gefallenen oder infolge von Kriegsstrapazen gestorbenen Mannschaften haben nach § 27 gen. Gesetzes einen Anspruch auf einen Erziehungsbeitrag, der bei männlichen Waisen gewöhnlich bis zum 16., bei weiblichen Waisen bis zum 14. Jahre gewährt wird.

Die Höhe des Erziehungsbeitrages beträgt für eine Mannschafswaise pro Jahr 48 Kronen, doch

1 774 681 Mk. belegter Gelder enthalten, so daß sich die Finanzgebarung in Anbetracht der Verhältnisse recht günstig gestaltet hat. Die gesamte Verbands-einnahme belief sich auf 8 027 565 Mk., die Verbandsausgabe auf 8 765 299 Mk. Für Streiks und Bausperrn wurden 352 576 Mk., für Reiseunterstützung 44 641 Mk., für Arbeitslosenunterstützung bis August 583 900 Mk., Krankenunterstützung 999 893 Mk., Rechtschutz, Gemahregelten- und Sterbeunterstützung 266 416 Mk., Notstandsunterstützung während der Kriegszeit 1 880 455 Mk., Familienunterstützung (Kriegsteilnehmer) 1 381 296 Mk. verausgabt. Für Unterstüngen aller Art verausgabte der Verband im Berichtsjahre rund 5½ Millionen Mark oder pro Kopf 23 Mk. Das gesamte Verbandsvermögen betrug am Jahresluß 17 573 254 Mk. Die Jugendabteilung des Verbandes hat durch den Krieg wenig gelitten, die Mitgliederzahl ging nur von 3502 auf 3262 oder um 240 zurück. Die Einnahmen stiegen jedoch von 10 128 Mk. im Vorjahre auf 13 673 Mk.

Der Buchdruckerverband zahlte im Februar an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 90 284 Mk. für 58 556 Tage. (Im Vorjahre 68 228 Mark für 41 662 Tage.)

Der Fabrikarbeiterverband hatte am Schluß des vergangenen Jahres 437 Tarifverträge für 39 991 Beschäftigte in Kraft. Gegenüber dem Jahre 1913 ist eine Abnahme um 28 Verträge und 2009 Beschäftigte zu verzeichnen. Ueber die Verteilung der Verträge und Beschäftigten auf die einzelnen Industriezweige unterrichtet folgende Zusammenstellung:

Industrie	Tarif-	Betriebe	Beschäftigte
	verträge		
	1914	1914	1914
Chemische Industrie	119	127	8 856
Ziegelei-, Zement- und Ton-			
waren-Industrie	119	259	8 829
Papier- u. Zellstoff-Industrie	21	23	4 415
Nahrungsmittel-Industrie . .	65	104	10 396
Sonstige Betriebe	113	250	7 495
	437	763	39 991

Dem Jahresbericht des Fleischerverbandes für das Jahr 1914 entnehmen wir folgende Angaben: Die Mitgliederzahl betrug am Abschluß des Geschäftsjahres 3737 einschließlich 409 weiblicher Mitglieder gegen 6502 des Vorjahres. Zum Kriegsdienst wurden eingezogen 4690 Mitglieder = 70,8 Proz. des Bestandes der männlichen Mitglieder vom 2. Quartal. Lohnbewegungen wurden 118 geführt. Sie erstreckten sich auf 35 Orte, 158 Betriebe mit 3160 Beschäftigten. Zum Streik kam es nur in einem Orte bzw. Betriebe mit 43 Beschäftigten. Der Streik endete erfolgreich für die Beschäftigten. Von vier Aussperrungen mit 61 Beteiligten endeten eine erfolgreich, zwei teilweise erfolgreich, eine erfolglos. In den Lohnbewegungen wurde für 1958 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von 15 310 Stunden pro Woche erreicht, also durchschnittlich pro Woche 7,8 Stunden für jeden Beteiligten. Für 2357 Beschäftigte wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 6437 Mk. erreicht, somit durchschnittlich für den einzelnen Beteiligten 2,73 Mk. wöchentliche Lohnerhöhung. Erhöhter Zuschlag oder überhaupt erst besondere Bezahlung der Ueberstunden wurde für 1379 Beschäftigte erreicht, desgleichen Bezahlung der Sonntagsarbeit für 1448 Beschäftigte. Für 2264 Beteiligte wurden noch sonstige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis errungen. Tarifverträge wurden 127 für 3011 Beschäftigte abgeschlossen. Aus vorhergehenden Jahren bestanden noch 338 Tarife für 1348 Beschäftigte, so daß am Jahres-

schluß insgesamt 465 Tarife für 4522 Beschäftigte bestanden. Von diesen Beschäftigten waren leider nur 3691 organisiert. Die Ausgaben für Lohnbewegungen betrugen 4504 Mk. Die Finanzgebarung hat sich verhältnismäßig zufriedenstellend entwickelt. Einschließlich des Kassenbestandes von 33 971 Mk. vom Jahre 1913 betrugen die gesamten Jahreseinnahmen 150 426 Mk. An Unterstützungen wurden 30 272 Mk. verausgabt, darunter 13 267 Mk. an Erwerbslose, 13 995 Mk. an Familien der Kriegsteilnehmer, 1703 Mk. für Rechtschutz. Recht hohe Ausgaben erforderte die Agitation. Es sind 20 046 Mk. dafür aufgewendet worden. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1914 einschließlich der Bestände in den Zahlstellen 49 568 Mk. Während der Kriegsmonate bestand großer Mangel an Fleischergefellern speziell deshalb, weil 70,8 Proz. der Fleischergefellern zum Kriegsdienst eingezogen wurden und die Fleischkonservenfabriken und Wurstfabriken große Aufträge an Lieferungen für die Heeresverwaltung erhielten. In den Kriegsmonaten bis Schluß des Geschäftsjahres wurden 2770 Neuaufnahmen gemacht.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins fordert im Verbandsorgan die Mitglieder auf, die in Ostpreußen Stellung annehmen wollen, sich bei ihm zu melden. Er kommt dadurch einem Ersuchen des Arbeitgeberverbandes nach, der seinen ostpreußischen Mitgliedern damit beifpringt. Durch die russische Invasion haben die Gärtnereibetriebe schwer gelitten und der Wiederaufbau erfordert in erster Linie Arbeitskräfte, die dort infolge der früheren ungenügenden Löhne knapp sind. Der Handelsgärtnerverband hat dem Vorstand des Gehilfenvereins erklärt, daß die Lohnfrage jetzt kein Hindernis bilden dürfte, er will nähere Auskünfte einholen und diese dann mitteilen. Das Entgegenkommen der Gehilfenorganisation ist, obgleich zurzeit selbstverständlich, um so beachtenswerter, als die Gärtnerlöhne im Osten immer sehr niedrig waren. An Stelle auskömmlicher Gehilfenlöhne wurde dort die Lehrlingszuchterei stark betrieben und das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer bestand vielfach nur in der Theorie. Wenn durch die gegenwärtigen gemeinsamen Maßnahmen der beiden zuständigen Organisationen in diesen Dingen eine Aenderung herbeigeführt wird, so würde das durchaus nützlich sein.

Im Gemeindegewerkschaftsverband sind am 1. April die statutarischen Rechte der Verbandsmitglieder wieder gänzlich in Kraft gesetzt worden. Nur die Krankenunterstützung erfährt bis auf weiteres eine gewisse Einschränkung.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ wendet sich in ihrer Nr. 14 gegen einen ebenso unbegründeten wie in der Form unerhörten Angriff der „Schweizerischen Holzarbeiter-Zeitung“ auf den Sekretär der Internationalen Holzarbeiterunion, Th. Leipart. Dieser hatte im „Bulletin“ der Union einige Stimmen zum Kriege aus den Verbandsorganen der einzelnen Länder zusammengestellt, darunter auch Ausführungen der „Holzarbeiter-Zeitung“ des deutschen Verbandes. Diese hatte in sachlicher Weise die Haltung der deutschen Arbeiter begründet. Ihre Ausführungen, gegen die nur derjenige etwas einwenden kann, der den deutschen Arbeitern Verrat an ihrem Lande zumutet, werden von dem Schweizer Blatt Leipart einfach zugeschrieben; auf dieser losen Grundlage wird ihm dann Chauvinismus vorgeworfen, „der chauvinistischer wie der Kaiser ist“.